NEUE OSTPOLITIK
ÜBERSICHT

FRAUENDEMO 1970

TERRORWELLE
LESERBRIEFE/
BERICHTE

DIE WEST

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“

Willy Brandt kündigte am 28. Oktober 1969 in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler einer sozial-liberalen Koalition an: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, die Begeisterung war groß. Besonders junge Menschen, die sich in den Jahren zuvor politisiert hatten, sprach Brandt mit seinen Worten – und den folgenden Taten – an. Die Koalition reformierte das Scheidungs- und Abtreibungsrecht. Das

Wahlalter wurde von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Auch wurden die Individuenrechte reformiert, so sind zum Beispiel nun Frauen nach dem Gesetzt gleichberechtigt und können legal Abtreibungen durchführen, auch Kinder nichtehelicher Kinder gleichgestellt.

Er formte den Zeitgeist – nach außen und nach innen:

„Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“
-Willy Brandt

Frauendemo 1970

Viele Frauen schlossen sich 1970 zusammen und veröffentlichten Forderungen und Argumente.
Sie forderten zum einen die legale schwangerschaftsabtreibung, die Verhütungsmöglichkeit für jede Frau und junge Mädchen. Auch fordern Aufklärung über Verhütungsmittel in den Schulen.

Sind die 70er tatsächlich so pessimistisch?

Erst der Übergang von Willi Brandt zu Helmut Schmidt, später dann ist die erste Ölkrise mit den autofreien Sonntagen - diese Sachen zusammen bringen ein Krisengefühl, eine Verunsicherung, wo der der Glaube an den Fortschritt zunächst erschüttert ist. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, die über eine Million springt, ist unter den Vollbeschäftigten ein enormer Schock. Durch die Computerisierung und Automatisierung sind besonders viele Arbeitsplätze in der Textil- und Montanindustrie verschwunden. Es ist ein schleichender, aber struktureller Übergang in eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Übersicht: Politische Veränderungen

Moskauer Vertrag
21.8.1970
(zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR)
- Gewaltverzicht
- Unverletzlichkeit der Grenzen

Warschauer Vertrag
7.12.1970
(zwischen der Bundesrepublik und Polen)
- Anerkennung der bestehenden Grenzen (Oder-Neiße-Linie)

Viermächteabkommen
3.9.1971
(Zwischen den USA , GB, Frankreich, und der UdSSR)
- Freier Transitverkehr nach Berlin
- Status Westberlins: Westberlin kein Bestandteil der BRD, jedoch Akzeptanz der engen Bindung

Transitabkommen/Verkehrsvertrag
17./20.12.1971 /26.5.1972
(zwischen der BRD und DDR)
- Regelungen des Personen- und Güterverkehrs zwischen BRD und Westberlin)
- Reiseerleichterungen und erweiterte Besuchsmöglichkeiten von West nach Ost

Grundlagenvertrag
21.12.1972
(zwischen der BRD und DDR)
- Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR
- Gutnachbarliche Beziehungen

Prager Vertrag
17.12.1973
(zwischen der BRD und der Tschechoslowakei)
- Verzicht auf Gebietsansprüche
- Zusammenarbeit/diplomatische Beziehungen

Auswirkungen

der neuen Ostpolitik

Die Anerkennung der bestehenden Grenzen und der DDR selbst sorgt für eine Reiseerleichterung. Jedoch nicht für die Bürger im Osten Deutschlands. Die Hoffnung auf eine Liberalisierung ist gegenteilig bewiesen worden. Die ostdeutsche Regierung hat ihren Überwachungsapparat weiter ausgebaut und die Grenzsicherung verschärft.
Durch westdeutsche Kredite konnte die Wirtschaftskrise der DDR gestoppt werden.
Einige kritisieren jedoch, dass durch die Anerkennung der DDR die Teilung Deutschland weiter zementiert wird.

Terror: der deutsche Herbst

Leserbriefe/Berichte

Marion(34) aus Köln schreibt:

Die Terrorwelle der RAF versetzt uns alle in Angst und Schrecken! Wir haben alle unglaubliche Angst, in zahlreichen Medien wird das Gefühl der Angst und Polarisierung des heutigen Terrors mit dem vor vierzig Jahren verglichen. Erst wollte die RAF wollte mit der Entführung Schleyers die Freilassung ihrer inhaftierten Mitglieder erzwingen. Als auch die Entführung eines Flugzeugs durch sympathisierende Palästinenser die Bundesregierung nicht dazu bewegen konnte, den Terroristen nachzugeben, werden diese nun hier überall gesucht!Das Klima spitzt sich weiter zu, wir Bürger werden mit vor vorgehaltener Waffe ausweisen. Bitte lasst diesen Albtraum so schnell wie möglich enden, liebe Politiker bitte handelt!

Bericht von Ulrike Meinhof (RAF- Terroristin)

Die Intellektuellen sind von politischen Auseinandersetzungen nicht mehr wegzudenken. Diese Sorgen dafür das man die Notwendigkeit einer Bewaffnung der Revolutionäre sieht. Auch sieht die intellektuelle Linke ihrer Meinung nach das die Revolution nicht von ihnen gemacht werden wird sondern vom Proletariat. Jedoch ist sie der Meinung das das was sie machen kein Proletariat organisiert da sie nebenbei die Rote Armee aufbaut. Ihrer Ansicht nach sind die „Bullen“ Schweine und keine Menschen somit darf man nicht mit ihnen reden und darf auf diese schießen.